

# Rieser Tageblatt

Druckerschrift  
Tageblatt Rieser,  
Ferienstr. 20,  
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschän, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißner behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:  
Dresden 1580,  
Strolache:  
Rieser Nr. 52.

Nr. 212.

Freitag, 9. September 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pennige; zeitraubende und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Rieser. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Empfang des Reichstagspräsidiums.

Hindenburg hat sich seine letzte Entscheidung vorbehalten.

Berlin. (Funkdruck.) Der angekündigte Besuch des Reichstagspräsidiums erfolgte heute vormittag noch vor der angelegten Zeit kurz nach 11 1/2 Uhr. Im ersten Wagen sah der Reichstagspräsident Göring, während im zweiten Wagen die Vizepräsidenten Esser, Graef und Haack Platz genommen hatten. Göring wurde von den anwesenden Reichsmitgliedern, die den Bürgersteig an der gegenüberliegenden Seite dichtgedrängt besetzt hielten, mit stürmischen Heulrufen begrüßt. Bereits 10 Minuten nach 11 1/2 Uhr sind die Herren wieder abgefahren.

Berlin. (Funkdruck.) Reichspräsident von Hindenburg empfing heute das neugewählte Präsidium des Reichstages: Reichstagspräsident Göring und die Vizepräsidenten Esser, Graef (Hüringen) und Haack. Reichstagspräsident Göring stellte das neue Präsidium vor; der Herr Reichspräsident dankte für den Besuch und sprach den Herren seine besten Wünsche für die Erfüllung ihrer Aufgabe aus. Hieran schloß sich eine kurze Aussprache über die politische Lage.

### Die Aussprache beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkdruck.) Wie wir erfahren, hat an dem Empfang des Reichstagspräsidiums auch Staatssekretär Meißner teilgenommen. Im Anschluß an die Vorlesung des Präsidiums entwickelte sich eine Aussprache, die etwa 20 Minuten dauerte und bei der alle Herren des Präsidiums zu Wort kamen. Reichstagspräsident Göring legte dar, daß der Reichstag eine arbeitsfähige Mehrheit habe. Vizepräsident Graef widersprach aber diesen Ausführungen grundsätzlich mit dem Hinweis darauf, daß es nicht Aufgabe des Reichstagspräsidiums sei, politische Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten einzuleiten. Auch der Reichspräsident stellte sich auf einen ähnlichen Standpunkt, fügte aber hinzu, er habe nichts dagegen, daß die Herren ihre Auffassungen zum Ausdruck brächten.

Die Herren Göring und Esser haben dann dem Reichspräsidenten ihren Standpunkt in dem Sinne auseinandergesetzt, wie er ja durch die Erklärungen bekannt ist, die in den letzten Tagen von führenden Stellen ihrer Parteien abgegeben worden sind. Die Ausführungen des Reichspräsidenten Göring stellten in der Mitte, seine letzten Entschlüsse nicht eher zu fassen, als er die Führer der großen Parteien empfangen und ihre Auffassungen kennen gelernt habe, damit der Versuch gemacht werde, eine Zusammenarbeit zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichstag herbeizuführen. Der Reichspräsident hat sich seine letzte Entscheidung vorbehalten. Damit war die Aussprache beendet.

### Die Beurteilung der politischen Lage.

Wie sie sich nach der Aussprache beim Reichspräsidenten ergibt, ist in Berliner politischen Kreisen nicht einheitlich. An Stellen, die der Reichsregierung nahestehen, verläutet, daß der Reichspräsident während der Besprechung keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß er nicht die Meinung habe, einen Kanzlerwechsel vorzunehmen, daß vielmehr das jetzige Kabinett sein Vertrauen habe.

Auf der anderen Seite kann man bei Zentrum und Nationalsozialisten den Eindruck feststellen, daß eine weitere abwartende Taktik sie ihrem Ziel eines Präsidialkabinetts mit ihrer Beteiligung noch näher bringen könnte, zumal der Reichspräsident heute noch keine endgültige Entscheidung getroffen, sondern sich die Entscheidung über eine Rückprache mit den Führern der Hauptparteien vorbehalten hat. In Kreisen der beiden genannten Parteien wird vielfach auf eine Stellungnahme der „D.N.Z.“ hingewiesen, die heute früh davor warnte, die Ursache einer Reichstagsauflösung und von Neuwahlen heranzubehaupten, bevor alle Möglichkeiten einer Einigung erschöpft sind. Diese Stimme wird als ein Einfluß von Strömungen aufgefaßt, die neuerdings in einem Teil der Wirtschaft zu finden sein sollen, und deren Grund man vor allem in der Beschränkung sieht, daß der kommende Wahlkampf den sozialpolitischen Konfliktstoff scharf in den Vordergrund rücken und damit einen stark antikapitalistischen Charakter bekommen würde.

Wie weit diese Auffassungen richtig sind, läßt sich in diesem Augenblick umso schwerer beurteilen, als vieles, was gesprochen und gesagt wird, taktischen Motiven entspringt. Von einer sehr maßgeblichen und unparteilichen Seite wird uns die Lage dahin gekennzeichnet, daß die nächste Entscheidung nun bei den Nationalsozialisten liege. Damit soll gemeint sein, daß Hitler sich nun entscheiden müsse, ob er durch Fortsetzung der Mißtrauens- oder anderer gegen die Reichsregierung gerichteter Anträge — etwa Aufhebung der preussischen Notverordnung — die Reichstagsauflösung beschleunigen, oder ob er durch eine Vertagung des Reichstages Zeit gewinnen will, um abzuwarten, ob sich die Konstellation zu Gunsten eines Kanzlerwechsels verschiebt. Hitler ist bekanntlich seit gestern in Berlin. Man kann annehmen, daß zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum die neue Lage mit all ihren Umständen und Möglichkeiten eingehend besprochen werden wird. Gewisse Anzeichen sprechen für die Möglichkeit, daß dabei eine abwar-

## Vorbereitende Besprechungen.

### Wirtschaftsbesprechungen zwischen NSDAP. und Zentrum.

Nach der Rückkehr des Reichspräsidenten in die Reichshauptstadt sind die politischen Besprechungen in der Reichskanzlei, wo Herr von Hindenburg während des Umbaus seiner alten Räume wohnt, sehr reich in Gang gekommen. Der Reichspräsident wird den Reichstagsmitgliedern und den größten Teil der Reichsminister fast täglich zu Vorträgen und Besprechungen bei sich sehen. Im Rahmen dieser Empfänge spielt der Empfang des neuen Reichstagspräsidiums, wie man jetzt offiziell mit großem Eifer verfährt, keine besondere Rolle mehr. Da das Präsidium nicht einig ist und sich der deutschnationale Vizepräsident Graef einem Protestschreiben seiner Kollegen keinesfalls anschließen wird, wird die Vorstellung beim Reichspräsidenten inzwischen kurz und schmerzlos ablaufen. Auch mit dem Reichskanzler von Papen hat Reichstagspräsident Göring kein eigentlich politisches Gespräch geführt, als er ihn am Donnerstag aufsuchte. Man berührte lediglich die Formalien der Montagung des Reichstages, für die jetzt als einziger Redner Reichskanzler von Papen vorgezogen ist. Wahrscheinlich wird man sich nach der Rede des Reichstagspräsidenten sofort auf Dienstag versetzen.

Am Hause des Reichstagspräsidenten fand Donnerstag nachmittag eine gemeinsame Besprechung von nationalsozialistischen und Zentrumsgenossen statt, in der es sich um wirtschaftliche Fragen handelte. Neben dem Reichstagspräsidenten Goering nahmen an der Besprechung der Abg. Feder, vom Zentrum die Abgeordneten Dr. Stegerwald und Dr. Dörfner sowie Vizepräsident Esser teil. Ueber die Besprechung wurde folgende Verlautbarung ausgegeben:

In einer gemeinschaftlichen Besprechung, die zwischen Abgeordneten der NSDAP und der Zentrumspartei am Donnerstag nachmittag stattfand, beschäftigte man sich mit wirtschaftlichen Fragen. Im Vordergrund standen das dringende Problem der Arbeitslosigkeit ferner die Konjunkturlage, das Wirtschaftsprogramm der Regierung von Papen und die Sorge für den Winter. Die Sachverständigen beider Parteien äußerten ihre ernsten Bedenken, daß die Subventionierung der gesamten Betriebe durch Steuernachlassherrschaft das gesteckte Ziel, Arbeiter an ihre Stellen zurückzubringen, nicht erreichen, vielmehr in eine schwere Enttäuschung münden werde.

tende Taktik verabredet werden soll. Ob diese Annahme richtig ist, das dürfte sich in der ersten Hälfte der neuen Woche zeigen.

### Deutschnationaler Protest gegen die NSDAP.

von Berlin. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hielt am Donnerstag nachmittag unter dem Vorsitz von Dr. Oberjohann und im Beisein des Parteiführers Dr. Eugenberg eine Sitzung ab, über die folgendes mitgeteilt wird:

Dr. Bang berichtete über das Wirtschafts-Programm der Regierung und unterzog die einzelnen Maßnahmen einer eingehenden kritischen Würdigung. Anschließend sprach die Abg. v. Nestorff und Schulze-Stapen über die Auswirkungen der Verordnungen auf die Landwirtschaft. Die Fraktion sprach dem Parteiführer und dem Fraktionsvorsitzenden den Dank für ihre fortgesetzten Bemühungen zugunsten der deutschen Landwirtschaft aus. Sie begrüßte in diesem Zusammenhang die grundsätzliche Zusage der Regierung zur Kontingentierung der Einfuhr und sprach die Erwartung aus, daß die Frage des Schulden- und Kostenproblems im Sinne der Eugenbergschen Vorschläge von der Regierung möglichst bald in Angriff genommen wird. Im Zusammenhang mit dem Wirtschafts-Programm der Regierung wurden besondere Anträge vorbereitet, die insbesondere eine Verdrängung der mittelständlichen Wirtschaft und sozialpolitischer Forderungen bei den neuen Maßnahmen zum Ziele haben.

In der anschließenden politischen Aussprache, die sich auch mit den in der Presse erörterten Bestrebungen zur Bildung neuer Mittelgruppen befaßte, brachte die Fraktion zum Ausdruck, daß diese Bestrebungen, die meist auf den Betätigungsdrang ehemaliger mittelparteilicher Parlamentarier zurückzuführen sind, politisch nicht ernst genommen werden können, weil sie nach allen Erfahrungen zum Scheitern verurteilt sind.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion faßte dann folgende

#### Entschliessung:

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion nimmt mit Empörung von den lägerischen Veröffentlichungen Kenntnis, die besonders die nationalsozialistische Presse

Der sozialpolitische Teil der Notverordnung, der den ganzen Bestand sozialer Rechte und Einrichtungen in das Ermessen einer Regierung stellt, die nur eine kleine Minderheit in der Volksvertretung und sicher keinen Rückhalt in Arbeitnehmerkreisen besitzt, fand über einstimmende Ablehnung. Darüber hinaus hätten die Besprechungen hinsichtlich wirklicher Arbeitsbeschaffung und des Konjunkturaufschwunges Möglichkeiten, für deren Durchführung auch eine arbeitsfähige, vom Vertrauen des Volkes getragene Mehrheit des Volkes vorhanden ist.

### Der Standpunkt des Zentrums

Der geschäftsführende Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Abg. Joos, sprach vor Vertretern der Zentrumspresse zur politischen Lage und erklärte u. a., das Zentrum sei davon überzeugt, daß in der augenblicklichen Regierungskonstellation die politische Stabilität nicht gegeben sei und durch sie auch nicht erreicht werden könne. Wenn die Regierung keine Mehrheit im Reichstag finde und trotzdem am Amt bleibe, sei sie gezwungen, den Reichstag erneut aufzulösen. Die jetzigen politischen Verhältnisse böten folgende Perspektiven: Gefahr von Staatsstreich, Auflösung der Parlamente, Neuwahl, mehrfache Neuwahl. Unter solchen Umständen werde auch beim schönsten Wirtschaftsprogramm die Unternehmungslust nicht geweckt.

Das Ziel unerlerter gegenwärtigen Bemühungen, betonte Abg. Joos weiter, sei die Schaffung von Möglichkeiten, eine Regierung zu bilden, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stütze. Vertrauen im Volke habe und die volle Innehaltung der Verfassung garantiere. Mit einer solchen Regierung könne der Gedanke eines Vertrauenskabinetts (soz. Präsidialkabinetts) durchaus in Erwägung gebracht werden. Solche Möglichkeiten ständen heute noch offen. Keine Parteiberlegungen könnten dem Zentrum den leichteren Weg der Opposition weisen. Der Gedanke der Mitverantwortung an den Geschicken der Nation zwingt es indes auf den Weg, den es beschritten habe und pflichtgemäß weiterverfolge.

planmäßig im ganzen Lande, und zwar offenbar auf Anweisung von zentraler Stelle, über die Deutschnationale Volkspartei und ihren Führer verbreitet. In der Deutschnationalen Volkspartei gibt es weder eine „Führerkrise“, noch „Zerwürfnisse“, noch „Ansprüchlichkeit“. Auch Meldungen wie die, die Partei beabsichtige, Herrn Dr. Goerdeler, der er gar nicht annehme, zu ihrem Vorsitzenden zu machen, seien in der gleichen Linie. Diese unwahren und gefährlichen Behauptungen haben nur den Zweck, von der in den Reihen der Nationalsozialisten herrschenden schweren Unruhe abzulenken, die durch das parlamentarische Ansehen der nationalsozialistischen Führer mit der „nationalen“ Zentrumspartei entstanden ist. Diese Veröffentlichungen, die marxistischen Methoden entsprechen, sind im Urteil der Fraktion nur ein Beweis mehr dafür, wie sehr das Vertrauen der Deutschnationalen Volkspartei zu ihrem Führer gerechtfertigt ist.

### Handelsvertrag gelündigt

Berlin, 9. September.

Wie wir erfahren, ist der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag von deutscher Seite gelündigt worden; er läuft damit am 7. März nächsten Jahres ab. Der Grund der Kündigung ist das Bedürfnis, eine Neuregelung der handelspolitischen Beziehungen zu Jugoslawien herbeizuführen.

Das trifft sich auch mit Wünschen, die auf jugoslawischer Seite bestehen. Beide Seiten haben aber den festen Willen, so lange der Handelsvertrag noch läuft, zu einer neuen Vereinbarung zu kommen, damit kein vertragsloser Zustand eintritt. Der Präsident der Jugoslawischen Staatsbank weist bereits in Berlin, um Verhandlungen zu führen, die mit dem Handelsvertrag zusammenhängen.

### Schwere Kesselexplosion in Newhork.

Bisher 20 Todesopfer.

Newhork. (Funkdruck.) Bei einer Kesselexplosion auf einem Arbeitsboot auf dem Castriver in der Newhorker Stadt wurden etwa 20 Personen getötet. 60 Personen sind noch vermisst, 100 wurden verletzt.